

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Ercheim täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag von C. Macken Buchdruckerei (Inhaber D. Ström) für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

62.

Dienstag, den 9. November 1926.

84. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 8. Nov. Die Rotlage der Föderalvereine ist im Gegenstand einer unterstützungswerten Aufgabe Erörterung und Wertschätzung, in der es heißt: „Der Staat binden die Föderalvereine, die voriges Jahr infolge der Steuersenkung in Not geraten waren, wurden finanzielle Notstandsmaßnahmen getroffen mit der Verpflichtung, bis 1. Dezember 1926 zurückzuführen. Infolge des bisherigen schädlichen Entschlusses konnten die Föderalvereine nicht einmal die Stammschulden, auch nicht der Staatsschulden an Reich, Staat und Gemeinden bezahlen. Wenn sie jetzt auf 1. Dezember 1926 die Stammschulden zurückzahlen und die fälligen Steuern in vier Jahren abzurufen müßten, kämen sie in die größte Not.“

Stuttgart, 8. Nov. Im Gasthaus-Engelshaus fand gestern Nachmittag für den Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, den Reichstagsabgeordneten Robert Dittmann, der sich bei dem Führer von Weimar plötzlich gefunden ist, eine Feiern statt. Von unzähligen Kränzen umgeben, war der Festsaal auf dem Podium angefüllt. Aus dem Ausland waren mehrere Delegationen erschienen. Der Saal war mit Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei dicht gefüllt. Die Rede des Reichstagsabgeordneten in zahlreichen Redaktionen übernahm. Das parlamentarische Verfahren unternahm die Rede mit Musikvortrügen. Nach der Feier setzte sich ein Vortrag an dem wohl 3000 Personen beteiligt waren, nach dem Programm in Bewegung, wo die Einbürgerung stattfand.

Berlin, 8. Nov. Der Reichstagsrat des Reichstags ist heute auf Montag vormittag einberufen worden, um darüber zu beschließen, welche Inanspruchnahmen mit der auswärtigen Debatte am Dienstag verbunden werden sollen. Wie wir hören, beschließen die Sozialdemokraten, den Antrag einbringen, den 9. November, als Tag des Revolutionsbeginns festzusetzen, so daß, wenn diesem Antrag entsprochen wird, die auswärtige Debatte erst am Mittwoch ihren Anfang nehmen könnte.

Berlin, 8. Nov. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in die Reichstagsabgeordneten Urban, Schöler und Simon aus der Partei ausgeschlossen. Damit vermindert sich die kommunistische Reichstagsdelegation um insgesamt um vier Personen. Mit den Angehörigen haben sich eine Reihe weiterer Reichs- und Landtagsabgeordnete solidarisch erklärt.

Mann, 7. Nov. Wegen Vandalenbruchs und gemeinsamer Körperverletzung fanden 21 Mitglieder des Reichstags und des Reichstagsabgeordneten vor dem Mannheimer Landgericht. In zweifacher Verhandlung wurde festgestellt, daß am 21. Juni d. J. dem Ballspiel zum Volkentisch für die Jugendzeitung, mehrere Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr in Mannheim, die dort ihr Schützenfest feierten, tätlich angriffen und verletzt wurden. Das Gericht sah Vandalenbrüche als erwiesen an und verurteilte drei Angeklagte zu fünf bis neun Monaten Gefängnis. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Würt. Gemeindetag.

Stuttgart, 6. Nov. Der Würt. Gemeindetag, der Verband der kleineren Städte und Landgemeinden, der 1500 Gemeinden mit 1200000 Einwohnern, also die Hälfte der würt. Bevölkerung, vertritt, hielt heute im Stadtgarten seine vierte Jahresversammlung ab. Als Regierungsdirektor war von Württemberg der Innere Oberregierungsrat Schmidt, vom Finanzministerium Ministerialdirektor Gresh erschienen. Auch die Stadt Stuttgart, der Würt. Städtetag, der Deutsche Landgemeindetag, der Bayerische Landgemeindetag und der Landes Landgemeindetag waren vertreten. Der Vorsitzende des Würt. Gemeindetags, Stadtschultheiß Gayer, beschloß, den Tag der Erziehung und gab ein Bild von den schwersten Jahren, die die Landgemeinden infolge der Inflation und der dann eintretenden wirtschaftlichen Krise zu tragen haben, nach dem Bestreben, den Gemeinden Kosten aufzuerlegen, die dem Staat zufließen sollten. Ihre Lage ist jetzt so, daß ihnen entweder Kosten abgenommen werden müßten, oder daß sie mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet würden. Nachdem dieser Begriffs den Gemeindetag namens der Städte und Gemeinden, Oberregierungsrat Gresh, der namens des Würt. Städtetags sprach, betonte gleichfalls diese Interessengemeinschaft. Der Vorsitzende des Deutschen Landgemeindetags, Dr. Schmolz, der auch als Vertreter des Preussischen Landgemeindetags Welt und des Bayerischen Landgemeindetags sprach, kritisierte die Steuerpolitik des Reichs den Ländern und Gemeinden gegenüber und sprach für die Forderung der Wertschätzung auf ein Mindestmaß beschränkt bei der Einbürgerung der Gemeinden in bezug auf die Höhe der Gemeindesteuer zurück. Bürgermeister Menges betonte die Größe des würt. Landgemeindetags. Der Ortstarbeiter Verwaltungsdirektor Schmidt-Stuttgart, der den Bericht über alle die schon von den Vorrednern genannten Fragen: Steuern, Kostenverteilung, Selbstverwaltung etc. eingehend beleuchtete und die Tätigkeit der Verbände etc. in bezug auf diese Fragen darlegte. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des früheren Reichsstaatsministers Dr. von Hirsorge über das jetzt im Mittelpunkt des Interesses stehende Thema: Finanzungleichheit zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Da der Vortragende nur in Deutschland auf finanzwirtschaftlichem Gebiet anerkannter Autorität ist, folgte die Versammlung seinem Ausführungen mit großem Interesse. Er gab zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der direkten Steuern nach der Reichsgründung bis zur Revolution, wobei er betonte, daß es auch schon vor dem Krieg einen Kampf um den Finanzgleichheit, die damals sogenannten Kontributionsbeiträge,

gegeben habe, der damals zwar nicht so heftig gewesen sei wie heute. Der Grund dafür liege in der veränderten politischen und wirtschaftlichen Lage. Damals seien das Reich und unsere Wirtschaft leistungsfähiger gewesen, heute seien beide arm. Dabei habe sich heute der Steuerdruck von zahlenmäßig auf das Zwei- bis Dreifache erhöht. Das ergibt aber kein richtiges Bild. Unser heutiges Volkvermögen betrage kaum mehr als ein Drittel gegen früher und das Volkseinkommen noch weniger inneren Kaufkraft ungeachtet nur noch die Hälfte. Die finanzielle Selbstständigkeit der Länder müsse erhalten bleiben, wenn nicht die Selbstständigkeit des Reiches gefährdet werden solle. Er wolle nicht Stellung nehmen gegen den zentralistischen jugoslawischen föderalistischen Staat. Aber auf föderalistischem Gebiet liegen die Vorteile des zentralistischen Systems vor, wenn man auch nicht verkennen dürfe, daß dieses System schwere Mängel aufweise. Der Redner betonte dann die Steuererleichterung seit der Revolution und betonte, daß es falsch sei, anzunehmen, daß durch einen Finanzvergleich die Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Steuerkraft des Volkes gehoben werden könne. Es könne nur auf der Ausgabe Seite gehoben werden. Auch durch eine Verwirklichung der Forderung nach einer Angleichung an die alte Erbschaft werde nichts erreicht, da dadurch das Reich gestärkt werden würde, was sich letzten Endes wieder an den Mitgliedern auswirken müsse. Der Weg liege in der Mitte. Alle drei Reich, Länder und Gemeinden, müßten sich einschränken. Die vorhandenen Steuerquellen müßten zwar ausgeschöpft werden, doch sei darauf zu achten, daß die Steuern noch wirtschaftlich tragbar seien. Der Kampf um das freie Wirtschaftswesen werde weiter gehen. Es sei aber dabei zu berücksichtigen, daß heute bei unserer wirtschaftlichen Notlage die Gefahr einer freiwilligen Ueberlastung riesengroß sei. Das Zuschlagsrecht sei eine Form, in der der Finanzvergleich sich vollziehen könne. Es gebe dabei zwei Wege. Der eine sei die Teilung der Steuerkraft zwischen dem Zentralstaat und den Gliedstaaten, der zweite die Teilung der Steuerkraft. Man könne aber auch eine Verbindung beider Wege vornehmen. Es müsse aber ein Auge vorhanden sein, das einen Überblick über das Ganze habe. Dies könne nur das Reich sein, bei dem auch das finanzielle Schwergewicht liegen müsse. Der Wunsch der Länder und Gemeinden habe eine ungelobte Steigerung erfahren. Aus dem finanziellen Gleichgewicht könne man nur durch Ausgaben und Steuern herkommen. Der Tribut aus dem Reichsbeitrag und dem Pauschalbeitrag mache dies schon notwendig. Das Arbeiten sei vor allem Aufgabe der Wirtschaft, das Steuern Sache der öffentlichen Körperschaft. Die Dringlichkeit und Zweckmäßigkeit müsse bei allen Ausgaben gründlich untersucht werden, und man müsse sich einfach nach den Einnahmen richten. Der Redner untersuchte dann die Frage, ob es ratsam sei, auf die direkten Steuern ein unbegrenzt Zuschlagsrecht zu gewähren. Wenn eine solche Gewährung freigegeben würde, dann sei leicht dazu verleitet, den Zuschlag nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zu erhöhen. Den Ländern und Gemeinden müßten aber die erforderlichen Steuern aus der Verfügung gestellt werden. Das könne geschehen durch Teilung der Steuerkraft von vornherein unter Unterordnung gewisser Steuern und Steuern zur selbständigen realistischen Erhebung und finanziellen Ausdehnung einerseits durch das Reich, Länder und die Gemeinden. Das Reich müsse aber die Kontrolle haben, (den wegen der Einheitslichkeit des Steuerrechts). Das sei besonders für die Einkommensteuer notwendig, weil das Zuschlagsrecht kein unbegrenzt sein könne; eine obere Grenze müsse es geben. Dagegen sei den Gemeinden bei den Kontributionsbeiträgen, also den Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, ein unbegrenzt Zuschlagsrecht zuzugestehen. Was bezüglich des Finanzvergleichs zwischen Reich und Ländern gelte, gelte auch für das Verhältnis zwischen Ländern und Gemeinden. Der Finanzvergleich könne nur auf der Einnahmenseite wirken, nicht auch auf der Ausgabe Seite. Auf letzterer könne nur durch Steuern gehoben werden und dies sei dadurch möglich, daß die Gemeinden ihr Betätigungsfeld einschränken. Zur Deckung der Gemeinden unzulänglich erscheinenden Ausgaben müßten ihnen naturgemäß auch die notwendigen Einnahmen zur Verfügung gestellt werden. Dem Finanzvergleich müsse der Kostenausgleich gerecht werden und die Ausgaben müßten sich nach den verfügbaren Einnahmen richten. Die städtische Politik des Sparsens werde auf diese Weise wirtschaftlich erzwingen. Reich, Länder und Gemeinden hätten heute die Pflicht zu einigungsvoller Sparsamkeit. — Lebhafter Beifall lohnte die 1 1/2 stündigen Ausführungen des Vortragenden. Nach einer Pause wurden der Reichstagsbericht erstattet und einige Tagesänderungen genehmigt. Zum Schluß wurden Wünsche und Anträge eingebracht und begründet, die in einer Entscheidung ihren Niederschlag fanden, in der die Forderungen der Gemeinden auf dem Gebiete der Finanzen und der Verwaltung präzisiert wurden.

Stuttgart, 7. Nov. Die vom Würt. Gemeindetag einstimmig angenommene Entschließung lautet: Der würt. Reich, Land und Gemeinden bestehende Finanzvergleich ermöglichte es den Gemeinden nicht, die ihnen zugewiesenen Aufgaben ohne Ueberbeanspruchung der Gemeindesteuer zu erfüllen. Die allgemeine Wirtschaftskrise hat die Notlage der Gemeinden noch dadurch verstärkt, daß sie eine Verringerung der öffentlichen Einnahmen und eine Vermehrung unzulänglicher Ausgaben zur Folge hat. Der gefährliche Gemeindefinanzverfall von 12 Prozent der Ertragskategorie ist der großen Mehrzahl der Gemeinden allein für Finanzaufgaben durchschnittlich um 50 Prozent überschritten worden, während die Mittel für eigene dringende Gemeindefragen wie Straßenbau und Unterhaltung usw. vielfach nicht aufgebracht werden können. Die Gemeinden sind infolgedessen in weitem Umfang mit Zahlungsunfähigkeit bedroht. Zur Beseitigung des unbilligen Zustandes werden folgende Forderungen erhoben: 1. Den Gemeinden und Kantonskörperschaften dürfen ohne gleichzeitige Zustimmung auswärtiger Mittel keine neuen Ausgaben und Kosten aufgebürdet werden. 2. Der Gesamtanforderungen an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ist von 75 Prozent auf den

früheren Stand von 60 Prozent des Einkommens zu erhöhen und weiter ist bis zum Inkrafttreten der Erhöhung die Garantie für die Länderanteile an der Einkommen- und Körperschaft- und Körperschaftsteuer im Jahresbetrag von mindestens 200 Millionen RM, worunter mindestens 60 Mill. RM. Landesanteile begriffen sein müssen, aufrecht zu erhalten. Außerdem ist der Staatssteuersatz zur Erleichterung des Zugriffs der Gemeinden auf die Ertragskategorie wesentlich herabzusetzen. 3. Der Gemeindefinanzverfall ist aufzuheben, da ihm keinerlei praktische Bedeutung zukommt und das Verwaltungsverfahren für seine Ueberwindung nur eine Menge unbillige Verwaltungsarbeit verursacht. 4. Die allgemeine Volkswirtschaft ist längst zur Staatsaufgabe gemacht, der Staat hat sich auch alle Rechte für ihre Durchführung, insbesondere auch das der Kontrolle der Wirtschaft vorbehalten. Die Gemeinden sind mit dem ihnen aufgebürdeten Anteil an dem Steuererhebungsaufwand finanziell überlastet, insbesondere sind die ländlichen Gemeinden durch die Inanspruchnahme eines so hoch geprüften Ertragsanteils für die erhebliche Anteilberechnung erheblich weit über den für sie schätzlichen Anteil von 15 Prozent am Aufwand beteiligt. Ein beschleunigter Zustand kann nur durch die Uebernahme des gesamten Steuererhebungsaufwands für die Volksschulen auf den Staat herbeigeführt werden, womit auch eine wesentliche Geschäftsvereinfachung für die Staats- und Gemeindeverwaltungen verbunden wäre. Der Gemeindefinanzverfall ist dem Verhältnismäßig für die Schrägste höherer Schulen ist wieder auf 50 Prozent herabzusetzen. 5. Die Staatsunterhaltungsämter, Kantonsämter und Kantonsämter sind an den Ertragsanteilen der Körperschaftsteuer in erheblichem Umfang zu beteiligen und zwar durch Erhöhung des Staatsbeitrags zum Ertragsanteilsverhältnis von der kommunalen Körperschaften im Staatsbeitragsverhältnis einseitigen Betrage von 800000 Mark auf mindestens 15 Mill. RM; eine schrittweise Aufhebung des Steuertrags nach bestimmten Maßstäben wird empfohlen. Solange die zu fordernde Uebernahme der Steuererhebung von Landstrassen in Staatsunterhaltung nicht durchgeführt ist, sind die beteiligten Gemeinden mit Staatsbeiträgen besonders wirksam zu unterstützen. 6. Die Arbeiten für die Herstellung des neuen Gewerbesteuer- und der neuen Schlüsselsteuere der Gemeinden an den Reichsfinanzen sind zu beschleunigen, damit endlich für das Rechnungsjahr 1926 die Grundlage für eine geordnete Wirtschaft und Steuerverwaltung gewonnen werden. 7. Die Förderung des dringlichen Wohnungsbau ist mit Hilfe von Reichs- und Landesmitteln zu finanzieren. Die diesem Zweck dienliche geeignete Gebäudemittel sind in ihrer bestehenden Form unwirtschaftlich und wird in vielen Fällen unsozial und ungerade. Sie ist wesentlich zu vereinfachen und abzubauen. 8. Es muß erwartet werden, daß die zentralen Stellen bei ihren Zahlungsansprüchen auf die Finanzlage der Gemeinden mehr Rücksicht nehmen. Die Anforderung von Verzugszinsen für rückständige Zahlungen der Gemeinden ist zu vermeiden, weil auf diesem Wege die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden keine Berücksichtigung finden und die Rückstände in der Regel auf die Unmöglichkeit vollständiger Bezahlung der öffentlichen Einnahmen zurückzuführen sind. Das Mittel der Staatsaufsicht muß als vorzuziehend bezeichnet werden, um im Falle der Möglichkeit vollständiger Leistung die ordentliche Erfüllung bestehender Verbindlichkeiten zu erzwingen. 9. Zur Milderung des Nachschub in den Weingartengemeinden ist die unzulässige Gewährung von langfristigen, niederrückständigen Darlehen an die Gemeinden notwendig, um die Durchführung von Notstandsarbeiten zu ermöglichen, zu denen auch Weingärten zuzulassen sind. Weiter sind Steuererleichterungen von Reich und Staat zu gewähren unter Aufhebung der Bedingung, daß die Gemeinden den gleichen Nachschub gewähren müssen. 10. Um ihren im allgemeinen schwierigen Aufgaben gerecht zu werden, bedürfen die Gemeinden in ihrer Verwaltung eines hohen Maßes von Bewegungsfreiheit. Die Gemeinden erwarten deshalb im öffentlichen Interesse, daß die Eingriffe in die gewöhnliche Betätigung ihrer Selbstverwaltungsmittel überleben und daß diese Rechte durch die neue Gemeindeordnung eine Vertiefung und Ausbreitung erfahren.

Steuertrottel.

Berlin, 8. Nov. In einer Einbürgerungsversammlung, die gestern gegen die hohe Gemeindesteuer im überfüllten großen Saal der Volkshalle stattfand und die vom Reichsminister des deutschen Mittelstandes emporgerufen worden war, gelangte nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Dr. Klum, sowie der Stadtverordneten Heibel und Ringe einstimmig eine Entschließung zur Annahme, in der die Mittelständler aus Mangel, Dankbarkeit und Gerechtigkeit gegen die übermäßig steuerliche Belastung, die Nachforderungen der Gewerbesteuer für 1926 und die Abschreibungen für 1926 erheben. Die Gemeinden werden gegen die Veranlagung zur Gewerbesteuer protestiert, in der eine neue Gesetz für die Erträge des Mittelstandes erlassen wird.

Ausland.

Paris, 8. Nov. Die Untersuchung gegen Garibaldi hat ergeben, daß dieser schon seit Monaten im Dienste der sozialistischen Polizei steht. Die Pariser Presse erregt sich in scharfen Ausfällen gegen das hochstämmige Hochverrat und gegen das Schreckensregiment Mussolini. Der „L'Humanité“ schreibt: „Jetzt, wo wir Mussolini endlich auf freier Tat ertappen haben, haben wir die Pflicht, es laut und deutlich zu sagen: Mussolini spielt in Europa die Rolle des agent provocateur.“ Die „Ere Nouvelle“ erklärt: „Wegen den Justizminister, den Minister D'Almeida, den Erzeuger von Verleumdungen auf französischem Boden, den Verleger von Recht und Freiheit, den barbarischen Eroberer Roms durch den Annappe, den Abenteuerer ohne Grenzen und Gesetz muß sich die Bevölkerung aller freien Völker erheben.“

Anzeigenpreis:

Die eins. Zeile oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 J. Zeitl. 3. 80 J mit Inf. Steuer. Kollekt-Anzeigen 100%. Nachtrag. Offerte u. Anzeigen 20 J. Bei groß. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nichterfolgens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Geschäftsstelle für beide Teile: Neuenbürg.

Für tel. Vorkr. wird keine Gewähr übernommen.

November 1926.

Entscheidung während...

bliebenen.

Krieger-Verein Neuenbürg.

Unser langjähriges...

Der Vorkant.

Schwann.

Kern- und Steinobstbäume

... und Obst. In...

... Carl Gensler Garten...

... Telefon Neuenbürg 142.

... dem 4. Kolb, 38...

... Schöffel, 4...

... Telefon Nr. 46...

Sekt

... Pentell, Rebeles...

... Kurpfalz-Sekt,

... empfiehlt billigt

Friedr. Knöllner

... Weinhandlung,

... Hofen a. G.

Was Franzosen an Deutschland loben.

Paris, 8. Nov. Eine Abordnung des Pariser Stadtrats und eine Abordnung der französischen Handelskammer reisten in den letzten Tagen in Berlin und kehrten begeistert von dem Besuchen nach Paris zurück. Der frühere Präsident des Generalrates des Seine-Departements, der Pariser Stadtrat Chervoux, erklärte einem Vertreter des „Welt-Bericht“, nachdem er vorher seinen Eindruck geäußert hatte, daß diese Abgesandten seien. Zum ersten Male seit dem Krieg sei eine französische Abordnung nach Deutschland gefahren. Überall seien sie von den Bürgermeistern und Stadträten ausgiebig empfangen worden. Viel sei zwischen Deutschen und Franzosen über politische Fragen gesprochen worden. Alle Bürgermeister und Stadträte hätten den lebhaften Wunsch ausgedrückt, daß die deutsch-französische Annäherung so rasch wie möglich vollzogen werde. Auch individuelle Persönlichkeiten hätten sich in denselben Sinne geäußert. Chervoux habe erwidert, daß in Frankreich niemand den Krieg liebe und daß jedermann begeistert wäre, wenn durch ein gutes Einvernehmen die Kriegsverhältnisse beizugehen könnten. Ihm wurde erwidert, daß die Lage sich in Deutschland gebessert habe, Deutschland sei Republik, der Kaiser würde nie zurückkehren und auch der Kronprinz würde den Thron nie bestiegen. Auf die Frage, welche Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm und Dindenburg beständen, sei von deutscher Seite erklärt worden, Dindenburg sei ein Soldat und ein treuer Christ. Er habe der republikanischen Verfassung die Treue geschworen und werde sein Wort als Soldat und als Christ halten. In allen Gesprächen sei betont worden, daß wirtschaftliche Annäherungen wichtig seien. Der wirtschaftliche Friede werde, wie Chervoux versichert wurde, den endgültigen Frieden herbeiführen. Im Namen der Vertreter der Handelskammer, die in Deutschland waren, erklärte der General Bonadelli einem Vertreter des „Echo de Paris“, daß man über die deutsche Luftschiffahrtsgesellschaft besorgt sei, denn wenn sich die zivile Luftfahrt in Deutschland so sehr entwickelte, so sei dies der Fehler des Versailler Vertrages, der es Deutschland verbiete, sich eine Militärluftflotte zu bauen, weshalb alle Anstrengungen Deutschlands sich auf die zivile Luftfahrt konzentrieren. Diese könne auch nicht von einem Tag zum andern in Militärluftfahrt umgewandelt werden. Natürlich würde es der Industrie leicht sein, Jagd- und Bombardierflugzeuge herzustellen. Herr Bonadelli betonte das außerordentliche Vertrauen in die Zukunft der deutschen Luftschiffahrt. Ein Flughafen wie der von Hamburg habe nirgendwo in der Welt da. Er erklärte sich ausschließlich aus wirtschaftlichen Bedürfnissen. Der ganze deutsche Flugverkehr habe in enger Verbindung mit den übrigen Transporthilfen. Bemerkenswert sei, wie schnell die Briefpost, die mit Flugzeugen abgesetzt werde, in Deutschland erledigt werde. Hier lasse die französische Organisation noch alles zu wünschen übrig. Der General lobte weiter den Ehrgeiz, womit die Deutschen den französischen Vertretern alle Aufklärungen gaben und alles bemerkenswerte zeigten. Natürlich unterließ der General zu sagen, daß die Franzosen ihre Hauptkraft bisher auf die Entwicklung der Militärluftschiffahrt richteten, jedoch sie weder Zeit noch Geld hatten, die zivile Luftschiffahrt auszubauen.)

Englische Ablehnung der tschechischen Despotie.

Paris, 7. Nov. Der Londoner „Times“-Korrespondent berichtet seinem Blatt folgendes: Die Ermordung des jungen Attentäters in Bologna und die Verhaftung eines zu einem gewöhnlichen Beschäftigten herabgesunkenen Garibaldi hat in der öffentlichen Meinung in England eine tiefe Reaktion gegen die italienischen Despoten hervorgerufen. Man würde sich einer Mission hingeben, wenn man glaubte, die offiziellen Schritte und Verhandlungen englischer und italienischer Staatsmänner entsprächen einem Wunsch des englischen Volkes, sich Italien zu nähern. In Wirklichkeit führt sich das englische Volk von dieser Macht, seitdem sie im Jahre 1922 in einem antidemokratischen Regime übergegangen ist, weiter entfernt als je. Das liberale Blatt „Star“ erklärt dem Despotismus werde in Italien freier Lauf gelassen. Alle liberalen Geister in Europa, so schreibt das Blatt, sind empört, zu sehen, daß Italien, das Land Gariboldis und Garibaldi, so tief gesunken ist, und daß die Regierung Maßnahmen vornehme, die der Geschichte des Despotismus entlehnt werden. Der konservativ „Evening Standard“ behauptet, daß der junge Bombardier wahrscheinlich unschuldig getötet worden ist, aber es liegt außerhalb im Interesse der Gerechtigkeit, nicht anzugeben, daß ein Fehler begangen worden ist, nachdem der Landmark öffentlich in einem Manifest der tschechischen Partei gebilligt wurde. Auf den ersten Blick erscheint es kaum möglich, daß ein Kind von fünfzehn Jahren, das nie antichristliche Gedanken zum Ausdruck brachte, und dessen Vater und Mutter eifrige Anhänger des Faschismus sind, das Attentat begehen konnte. Wenn man in einer solchen Familie nicht auf die tschechische Treue rechnen kann, muß sich die Partei in einem sehr schlimmen Zustand befinden.

Moskau unterstützt die Katalanier.

Paris, 8. Nov. Der Führer der katalanischen Separatisten,

Oberst Macia, legte in Perpignan ein umfassendes Geständnis über seine Beziehungen zu früheren spanischen Politikern und zu gewissen Moskauern ab. Vor dem Untersuchungsrichter erklärte er folgendes: „Ich gebe zu, daß ich von früheren politischen Machthabern in Spanien unterstützt worden bin. Ebenso förderte mich der spanische Kommunismus. In Moskau erhielt ich die Unterstützung, durch die Propaganda der Sowjets unterstützt zu werden. Man erklärte mir, daß sich die gelobte russische Sympathie in den Dienst gegen die spanische Diktatur stellen würde.“ Man hat in dem Gesicht des Obersten Macia verschiedene wichtige Briefe an Moskau gefunden. Der Oberst hat verlangt, nach Paris überführt zu werden. Jetzt wird auch erwartet, daß die Geständnisse der in Perpignan gefangen genommenen Separatisten 126 betragen. Bei der Untersuchung der Auslieferungsgeschäfte der katalanischen Separatisten wurden zur größten Hebervermutung der französischen Polizei mehrere Akten entdeckt, die eine große Anzahl französischer Soldatenmilitär enthielten. Die Polizei mißt dieser Feststellung die größte Bedeutung bei und wird Oberst Macia unerschütterlich an Unterstützung über die Deckung dieser Rätsel erziehen. Die Hochverrat nach neuen Waffen- und Munitionslagern, die von den Separatisten in den Pyrenäen angelegt wurden, gestalteten sich sehr schwierig. Macia und seine Leute verweigern in dieser Hinsicht jede Auskunft. In letzter Stunde wird jedoch die Entdeckung eines neuen Lagers gemacht, das etwa 40 Kilometer von Perpignan entfernt liegt.

Verhaftung Stresemanns an Brand?

London, 8. Nov. Die Pariser Revue der Presse-Mitglieder bei der französischen Gesandtschaft in Berlin, Debonard, der einzigen Person, die außer Brand und Stresemann bei dem historischen Frühstück in Thoiry anwesend war, wird eine besondere Bedeutung beigegeben. Debonard sei der Überbringer einer persönlichen und außerordentlich wichtigen Mitteilung Dr. Stresemanns an Brand. Mit dieser Mitteilung hülfe der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ eine Reihe von Vermutungen, die nicht uninteressant sind, weil der Ton seiner Ausführungen deutlich zeigt, daß er sich aus der Wäre, in die er durch seine systematische Offenheit gegen die Thoiry-Politik verwickelt wurde, langsam herauszuwinden mißste. Eine wichtige Mitteilung enthalte, meint der Korrespondent, eine Aufforderung an Brand, nicht länger mit dem Beginn der Jagd auf Brand zu zögern, die er in Thoiry angekündigt habe, sondern zum mindesten baldmöglichst Verhandlungen abzuschließen. Die Regierung Wray-Stresemann sei in Gefahr, wenn nicht bald etwas geschehe. Dazu werde die eventuelle Verzögerung der Zurückbildung der alliierten Kontrollkommission über die deutsche Zahlung des Völkerbundes hinaus, die durch den neuen Einspruch gegen die Beförderung des Generals Deyr wahrscheinlich geworden sei, in besonderem Maße betonen. In Berlin läge man besondere Furcht vor dem angeblichen französischen Vorschlag, eine dauernde Militärkontrolle im deutschen Rheinlandgebiet einzuführen, denn man sei überzeugt, eine solche Inkarnation, wenn sie einmal von Deutschland zugelassen sei, auch nach der Räumung des Rheinlands nicht wieder los zu werden. Der Korrespondent wendet sich dann den Zusammenhängen an, die seine von Paris aus angeleitete Kampagne durch die deutsche und amerikanische Presse erfordern. Er führt ein durchdringendes Rückgangsgesicht aus. Das deutsche Eingeständnis, daß die Entwicklung der deutsch-französischen Annäherung langsam vor sich gehen werde, sei so gerade eine Befestigung dessen, was er gesagt hatte. Denn gegenüber dem Jubelton unmittelbar nach Thoiry sei das ein fernterbarer Rückschlag. Daß ferner Amerika oder England die Idee einer deutsch-französischen Annäherung mit Unbehagen ansehen, habe er nie behauptet. Er habe nur von der Abneigung der beiden Länder gesprochen, die Annäherung dieser Transaktion zu übernehmen. Der Mäßigkeit dieses strebsamen, aber in England fast völlig isolierten Kampfers gegen Thoiry dürfe nicht ohne gewisse Unterstützung von höherer englischer Stelle zustande gekommen sein.

Regierungsvorschläge zur Beilegung des britischen Kohlenstreiks

London, 8. Nov. „Daily Herald“ zufolge hat die Regierung eine Reihe von Vorschlägen zur Beilegung des Kohlenstreiks aufgestellt, die in den Hauptpunkten den Einigungen der Bergleute entsprechen sollen. Diese Vorschläge seien folgende: Ein nationaler Mindestlohn soll bei den Grundlöhnen in jedem Bezirkskomitee eingehalten sein. Der Grundlohn des Samstagabendtages wird anrecht erhalten bleiben. Jeder Bezirk wird einen garantierten Mindestlohn für die niedrigst bezahlten Arbeiter haben. Das Verhältnis der Gehälter zu den Löhnen und die Methode der Feststellung dieses Verhältnisses wird in jedem Bezirk übereinstimmend sein. Grundsätzlich soll ein nationaler Schlichter alle Fragen behandeln, über die in den Bezirken keine Einigung zustande kommt.

Trotsky kritisiert den russischen Kommunismus

Moskau, 6. Nov. Die Veranschaulichung der Rede Trotskys auf der kommunistischen Parteikonferenz mit seinen gegen die von Stalin geleitete Weisheit gerichteten Angriffen bildet die Sensation Moskaus. Schon eine Stunde nach Erscheinen waren die Plätter, für deren Exemplare zum Schluß der fünfstündige

Preis bezahlt wurde, ausverkauft. Die Rede Trotskys ist die erste politische Kennerung von Stalin, die veröffentlicht wird, seitdem er vor drei Jahren die Führung der Opposition übernahm. Trotski selbst seinen tiefen Besannungs hinsichtlich der Zukunft des russischen Kommunismus. Er betont, daß die Erfüllung des Kommunismus nach der materiellen Wohlfahrt der Klasse beurteilt werden müsse. Die Statistik ergebe aber, daß der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Warenreichtum der Volkswirtschaft nicht vor 1960 erreicht werden würde und auch der Fortschritt vollziehe sich also im Schwerktenne. Die Hoffnung auf einen Erfolg des Kommunismus sei unmöglich, die Zukunft mit den Aussichten der roten Revolution in Europa, die — nach Trotski — innerhalb eines Jahrzehnts kommen könne, aber nur, wenn die russische kommunistische Partei sich über die Notwendigkeit, die Revolution im übrigen Europa anzuführen, im Klaren sei, während Stalin die Weltrevolution für unüberwindlich halte. Trotski erklärt ferner, daß seine kirchliche Kapitation zeitlichen Umständen auszusprechen gewesen sei und droht damit, den Kampf um seine Grundzüge zu erneuern, wenn die Umstände dafür wieder günstiger seien.

Amerikas Wirtschaftslage.

Washington, 8. Nov. Handelssekretär Hoover betonte in seinem Jahresbericht wiederum die Notwendigkeit, alle nötigen Ausgaben zu vermeiden. Die Löhne im Jahre 1929 überstiegen sich in denen von 1913 um 208,100, während die Großhandelspreise durchschnittlich nur auf 150 stanken. Diese Zahlen beweisen die gleichzeitige Zunahme der Löhne bei sinkenden Preisen, ein Zustand, der in England nicht vorhanden sei. Hoover fügt diesen Bericht der Vereinten Staaten auf die zweckmäßige Verwaltung der Eisenbahn und die möglicherweise Entwicklung der elektrischen Industrie hinzu.

Aus Stadt und Bezirk.

Reutlingen, 8. Nov. (Reinhardtspartei nach überseeischen Ländern.) Es empfiehlt sich, Reinhardtspartei nach überseeischen Ländern schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Auslieferung an die Empfänger gesichert ist.

Reutlingen, 8. Nov. (Küstung, nicht ohne Paß ins letzte Gebiet.) Trotz aller Warnungen gibt es noch immer Leute, die ohne Paß oder entsprechende Ausweise in das letzte Gebiet einreisen wollen. Das gilt der französischen Grenzmarke immer wieder Veranlassung zu Repressalien. In den letzten Tagen wurden allein bei der Grenze in das letzte Gebiet von Frankfurt a. M. aus 40 Personen ebenfalls bei nicht über genügende Ausweise verfügten. Unbillige Bestrafungen werden die Folge sein.

(Wetterbericht.) Die nördliche Drossel ist jetzt abwärts gewandert. Für Mittwoch und Donnerstag ist mit dem Einbruch von Hochstürmen mit zeitweiligem heftigen, vorwiegend trübendem Wetter zu erwarten.

Calmbach, 8. Nov. (Geldspiel der Wismarier.) Auf allgemeinen Wunsch geben die Wismarier auch bei uns morgen Mittwoch, den 10. Nov., im Saal zur „Krone“ zwei Vorstellungen. Abends 8 Uhr kommt das Lustspiel „Wenn zwei sich lieben“ und nachmittags 5 Uhr das Märchen „Der kleine Prinz“ zur Aufführung. Alles Nähere siehe Anzeige und Plakat.

Sölen, 8. Nov. Des gähren abend vom letzten Abendchor und andauernden Kräften veranschaulichte Kirchenchor mit erfrischender sehr gut besucht. Auch aus der äußeren und weiteren Umgebung fanden sich viele Zuhörer ein. Man ist bei den tiefsten Kirchenchorgeräten nur gutem Gedächtnis, und was auch gestern abend nicht entzweit. Es gelangt viele von dem Reich Schütz (auch unter dem Namen Capitularis bekannt), einem der größten Tonmeister des 17. Jahrhunderts, von Joh. Seb. Bach dem Innerlichen und Innerlichen, und von Corelli, dem berühmten italienischen Violoncellisten (1686-1713) zur Aufführung. Ein Präzidium in G-moll und der eulorische Chor: Der, der Jehova, will ich singen (Bach) führen die richtige Stimmung. Mit Ausbruch lauschen die Zuhörer der geistlichen Chöre: O Jesu, ich, wer dein gedenkt (Schütz), für vier Stimmen, zwei Violinen, Chor und Orgel, dem Sopran: Mein glaubiges Herz (Bach), dem Violoncell in F-dur für Orgel (Bach), einem Duett für Sopran und Bass: Gott, ach Gott, verlass die Deinen nimmermehr (Bach), der Schütz'schen Komat: Der, nun laßst Du Deinen Dienst im Frieden fahren, für Solobass und zwei Chöre, einer Sonate von Corelli für zwei Violinen und Orgel, der Sonate: O hatt ich Jubels Herz (Händel). Den Schütz bilden der mächtig wirkende Bach'sche spurierte Chor: Nun ich mein Ziel den Herrn für Chor, Violinen und Orgel. Bei einem Kirchenchor, zur Ehre Gottes und zur Erbauung der Zuhörer veranschaulicht, sei jede Kritik ausgeschlossen. Immerhin aber sei festzuhalten, daß Solisten und Chor für Gottes geben und daß der Kirchenchor Hofens unter der Leitung von Werner Gaudert auf der Höhe ist. — Als Solisten wirkten: Hans

Die Toten sa, weigen nicht ...

5 Roman von Pola Stein.

Sie blieb bewegungslos sitzen. Sie wußte, daß der Vater, wenn er Renates Erregung und ihren glühenden Wunsch und Willen sah, ihre keine Zeit mehr lassen würde. Sie auch das Schicksal ihr keine Wahl mehr zu lassen schien.

Wie fürchtbar war es plötzlich über sie hereingebrochen. Ihr Leben war leicht und schön. Dann kam Renates Krankheit. Die Gewißheit, daß sie unheilbar war. Und nun dieses Rene, Unsoßbare, das Opfer, das von ihrer Person verlangt wurde.

Hätte Renate ihr nicht soviel über den Charakter ihres Mannes gesagt, vielleicht wäre Elena die Entscheidung nicht so unendlich schwer geworden. Renate gönnte den leidenschaftlich geliebten Mann auch über das Grab hinaus seiner fremden Frau. Und da sie wußte, daß er doch nicht ohne Frauen seinen Weg gehen würde, so sollte Elena es sein, die ihn bewahrte, die ihn fesselte, die ihn stets an seine Vaterpflichten erinnerte, die vor allem für Angela da war, für dieses Kind, das einer Fremden nichts bedeuten würde. Ja, alles sollte um dieses süße, geliebte Wesen geschehen. Renates übergroße Mutterliebe wollte über Tod und Vergänglichkeit hinaus das Dasein ihres kleinen Mädchens behüten und bewahren vor Leid. Es sollte eine Mutter haben, wenn ihm auch die eigene Mutter stoch. Es sollte ein glückliches Heim, eine frohe Jugend haben. Das war der starke, heiße, letzte Wille einer Sterbenden.

Ein Geräusch ließ das junge Mädchen zusammensinken und aufschauen aus ihrer Verantwärtlichkeit. Erif Rant war eingetreten und lehnte nun neben ihr am Kamin.

Er war sehr bleich. Sein schönes Gesicht schien ganz durchsüßigt von einem tiefen, heftigen Leid. Sein dichter,

blondes Haar hing ihm unordentlich in die hohe Stirn. Seine blaugrauen, verträumten Augen, diese schmärerischen, idealistischen Augen, die ihn unwiderstehlich für die Frauen machten, die nichts von seinem Egoismus, seiner trotzigsten Lebensfreude verrieten, schauten ernst und tiefer Bewegung auf das junge Mädchen. Sie erschauerte unter seinem Blick.

„Du bist so schrecklich, Elena, daß Renates letzter Wille dich unausführbar dünkt?“

Sie sah ihn groß und offen an. „Ich habe dir lieb als Pruber, Erif, das weißt du. Aber von einer Ehe hatte ich mir Liebe erträumt, Liebe von meiner Seite und von jenen des Mannes.“

Er sagte leise: „Ich liebe dich, Elena!“

Das Mädchen schrie auf: „Das ist nicht wahr!“

„Es ist die Wahrheit!“

„Wenn es sie wäre, so wäre es ein Betrug an deiner liebenden, gläubigen Frau!“

„So ist es nicht“, meinte er ruhig. „Renate selbst war es, die mir von meiner Liebe zu dir, die halb unbewußt in mir schlummerte, sprach, die mich sie leben lehrte. Ich liebe sie in dir, Elena. Sie, wie sie einst war, als ich um sie warb. Heute ist sie nur noch ein Schatten ihrer selbst, eine Sterbende. Du aber bist so, wie sie damals war, wie ich sie liebte. Im Äußeren und im Wesen bist du ihr Ebenbild. Und wenn ich Renates letzten Wunsch einmal erfülle, so bringe ich kein Opfer, so folge ich nur der Stimme meines Herzens. Wenn sie gegangen ist, wird es keine liebere Frau für mich geben als dich, Elena, keine liebere Mutter für mein Kind.“

Sie schluchzte laut auf. „Das Ganze ist brutal, unmenschlich, entsetzlich. Alles in mir sträubt sich gegen diese Geforderte, gegen diese Bestimmung über die Zukunft, die anders werden kann, als wir sie erwarten. Ein Wunder

kann geschehen, Renate kann und erhalten bleiben. Noch lebt sie!“

„Es wird kein Wunder geschehen!“ sagte der Mann. Rufende Stimme drängen, ein Hin und Her von Tritten. Der Kommerziant stürzte ins Zimmer, totenschlagend.

„Ich habe zum Arzt geschickt. Renate hat einen neuen Schwächeanfall. Sie sieht plötzlich ganz verändert aus. Ich ängstige mich fürchtbar. Kommt zu ihr, Rinter. Sie war eben bemußlos.“

Sie folgten ihm. Schnell, Schweigend. Elena fühlte: die Entscheidung über ihr eigenes Leben nahe nun, da der Tod Einzug halten wollte in dies Haus.

Der schwere Herzansfall war vorüber, als die drei Menschen das Krankenzimmer betraten. Die Pflegerin hatte die junge Frau frisch gebettet, durch eine Einspritzung die schwandenden Lebensgeister angetregt. Und vor allem war es der starke Wille in diesem siechen, sterbenden Körper, der Renate Rant noch einmal die Augen aufschlugen, nach einmal in diese Welt und zum vollen Bewußtsein zurückkehren ließ.

Als sie an das Bett der Leidenden trat, kam durch die andere Tür die Kinderpflegerin, die kleine Angela auf dem Arm. Die Krankenschwester hatte sie von dem Wunsch der Mutter soeben benachrichtigt, ihr Kind sogleich zu sehen.

Angela war aus ihrem Bettchen genommen, aber nun war sie hellwach. In dem weißen Nachtkleid, mit dem vom Schlaf dunkel geröteten Wädhchen, den langen, blonden Locken und den strahlenden goldbraunen Augen, die sie von der Mutter geerbt hatte, glich sie einem Engel in diesem Augenblick.

(Fortsetzung folgt)

berühmter Präsident habe eine neue Sitzung auf eine Viertelstunde später ein. In dieser zweiten Sitzung werden die Beträge mit Rumland, Lettland, Frankreich und der Schweiz beabachtet den entsprechenden Ausschüssen übergeben, ebenso ein beschleunigter Antrag über Steuererleichterung für die Landwirtschaft. Als dem Präsidenten Lode für die morgige Sitzung die Tagesordnung schriftlich mitteilt, beantragt Abg. Stöcker (Komm.) morgen zunächst die Erwerbslosenfrage weiterzubearbeiten, da die Regierung erklären müsse, ob sie die Reichstagsbeschlüsse durchführen wolle oder zurücktrete. Nach Aussprache wurde der Antrag Stöcker gegen die Stimmen der Regierungsparteien angenommen. Nächste Sitzung morgen nachmittags 3 Uhr.

Berlin, 8. Nov. Das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger teilt mit: Nach Schluss der Plenarsitzung des Reichstags trafen am Montagabend die Fraktionen der Regierungsparteien zusammen, um die Vorgänge bei Beratung der Erwerbslosenfrage in der Plenarsitzung zu erörtern. Es wurde beschlossen, am Dienstag mittags eine Konferenz der Führer der Regierungsparteien abzuhalten, um das weitere Vorgehen bei der Beratung der Erwerbslosenfrage in der Plenarsitzung des Reichstags festzulegen. Die kommunistische Fraktion des Reichstags beabsichtigt, wie wir hören, zunächst nicht, ein neues Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung oder den Reichsminister wegen der Erwerbslosenfrage einzubringen. Sie verlangt zunächst Abstimmung über ihr bereits vorliegendes Misstrauensvotum, das besagt: Der Reichsminister Dr. Brünnel besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.

Uebersicht über die Reichseinnahmen und Ausgaben in den Monaten April bis September 1926.

Berlin, 8. Nov. Laut einer Uebersicht des Reichsfinanzministeriums über die Reichseinnahmen und Ausgaben in den Monaten April bis September 1926 belaufen sich in dem angegebenen Zeitraum die Einnahmen des ordentlichen Haushalts auf 344,1 Millionen Reichsmark, die Ausgaben des ordentlichen Haushalts auf 369,5 Millionen Reichsmark und die Planmehrausgaben der in den Haushalten eingestellten Ueberschüsse aus den Jahren 1924 und 1925 auf 189,9 Millionen Reichsmark. Im außerordentlichen Haushalt belaufen sich die Einnahmen auf 1,1 Millionen Reichsmark, die Ausgaben auf 229,9 Millionen Reichsmark. Die nachträglichen Einnahmen zu Nutzen des Rechnungsjahres 1926 betragen 48,5, die Ausgaben 218,3 Millionen Reichsmark. Der Stand der schwebenden Schuld am 30. September 1926 war: 1. Zahlungsverpflichtungen aus der Begebung von Schatzanweisungen 18,2 Millionen Reichsmark, 2. Sicherungsleistungen 50,9 Millionen Reichsmark, 3. Darlehen von der Post 100,0 Millionen Reichsmark.

Die Zahlungen im dritten Damesjahr.

Berlin, 8. Nov. In dem Bericht des Generalagenten für die Reparationszahlungen werden für Leistungen Deutschlands in den ersten zwei Monaten des dritten Damesjahres rund 179,6 Millionen Goldmark ausgewiesen, darunter für Oktober 94,6 Millionen. Einschließlich des Kassenbestandes auf Ende des zweiten Damesjahres in Höhe von 69,6 Millionen verfügte der Generalagent am 31. Oktober über einen Vorkassendruck von 101,4 Millionen. Unter den Einnahmen im Oktober werden aufgeführt 24 Beiträge aus dem Haushalt von zusammen rund 27 Millionen, der Ertrag der Beförderungsteuer mit 22,5, die Verzinsung der Reparationsschuldverschreibungen der Reichsbahn mit 4,5 Millionen. Von den Verlusten entfallen auf Frankreich 35,6, England 19,9, Italien 8,4 und Belgien 4,2 Millionen. Für Belegungsstellen sind im abgelaufenen Monat 7,0 Millionen für Sachleistungen 43,3, für den Ertrag aus der Röhrenart 22,8 Millionen gebucht worden. Barüberweisungen wurden in Höhe von 6,6 Millionen Mark vorgenommen.

Vorfassung des dritten Landsberger Fememordprozesses. Landsberg, 8. Nov. Der letzte der Landsberger Fememord-

prozesse, der vor etwa einer Woche vertagt worden war, begann heute vor dem Schwurgericht in Landsberg von neuem. Die Anklagen gegen den Angeklagten sind dieselben, wie bei den vorausgegangenen Prozessen. Angeklagt ist Erich Klapproth wegen Mordes an dem Reichsminister Gädde, beantragt a. D. Mann wegen Verleumdung und Oberleutnant a. D. Schulz wegen Mordkomplizes. Der misshandelte Feldwebel Gädde ist als Nebenkläger zugelassen. Zunächst wird der Angeklagte Klapproth vernommen. Klapproth gibt an, daß er zufällig von dem Munitionsdienstmann Gädde erkrankt habe. Als er ihm auf dem Gang zu nachsehen habe er ihm ein paar Faustschläge ins Gesicht gegeben. Er betonte, daß er keinen Totschläger gehabt habe. Wenn ihn die Wut packt, wisse er nicht, was er tue. Verteidiger Dahn und Tschewski hätten ihn dann weggerissen und Gädde heraufgeführt und ihm das Gesicht abgewaschen. Auf den Vordrill des Vorsitzenden, daß die Anklage annehme, er habe Gädde ermorden wollen, erwiderte Klapproth: „Dann hätte ich ihn einfach niederschlagen können.“ Klapproth bestritt, einen Auftrag gehabt zu haben, nach Kitzingen zu fahren oder Gädde zu verprügeln. Wenn Schulz mit ihm gefahren wäre, so betonte Klapproth, dann würde ich gefahren sein. Auf Befehl verließ ich nicht. Darauf erfolgte die Vernehmung des Angeklagten Dahn. Als ihm die schwerbeschuldenden Aussagen aus der Vernehmung Gädde gegeben habe, vorgehalten wurden, erklärte er, er sei unschuldig und er wisse auch nicht mehr, wie er zu der Aussage gekommen sei. Auf die Frage, ob Schulz gefahren wäre, Gädde müsse verstanden, erklärte er: „Das ist doch selbstverständlich. Jede Beute mußte doch ausgepackt werden.“ Bei Vordrill seiner früheren Aussage, nach der ihm keine Kenntnis über die Vorgänge beim Fort Tübingen, Klapproth habe nicht wahrhaftig gesagt: „Kun lo!“ nach zehn Schritten habe er dann einen Schlag bekommen und sei zu Boden gefallen. Klapproth habe einen Totschläger gehabt, ein Leder mit einer Messingkugel darin. Schließlich habe Klapproth gesagt: „Vor zwei hätte ich etwas anderes verdient. Wir nehmen doch Rücksicht auf meine Frau. Der Angeklagte Klapproth bestritt entschieden einen Totschläger gehabt zu haben. Wenn ich einen gehabt hätte — so erklärte er — würde mich keiner schlagend haben. Dann hätte der (auf Gädde zeigend) auch nicht mehr vier.“ Der Nebenkläger Gädde wurde darauf von der Verteidigung in ein lebhaftes Kreuzgespräch genommen. Schließlich gab er zu, von einem Vertreter der Wige für Reichswehr 800 Mark erhalten zu haben. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird in die Sachverständigenvernehmung eingetreten. Rechtsrat Dr. Weisberg hat bei Gädde nugsends ernsthafte Verleumdungen festgestellt. Insbesondere hätten sich Spuren eines Schusses mit einem Totschläger nicht gefunden. Ein weiterer Sachverständiger hat bei Gädde im vergangenen Jahre volle Arbeitsfähigkeit festgestellt. Der nächste Zeuge, Hauptmann Reiner vom Gebirgskommando III, erklärt, daß Schulz die besonders schwere Aufgabe hatte, die Arbeitskommandos zu organisieren. Er habe diese Aufgabe zur vollständigen Zufriedenheit gelöst. Von Beförderung oder Währungsleistungen ist dem Zeugen nichts bekannt. Die Verhandlungen werden dann am Dienstag vormittag vertagt.

Reaktion gegen den Freispruch von Schulz, Klapproth u. Vogel beantragt.

Landsberg, 8. Nov. Wie angekündigt wird, hat die Staatsanwaltschaft gegen das vom Schwurgericht Landsberg im Verlaufe der Verhandlung des Erwerbslosen Gädde ergriffene Freispruchsurteil gegen Oberleutnant a. D. Schulz, Feldwebel Klapproth und Vogel Revision beim Reichsgericht eingeleitet, ebenso dagegen, daß Erich Klapproth wegen Verleumdung, nicht aber wegen Mordkomplizes verurteilt worden ist.

Rückzahlung von Steuern in Amerika.

Berlin, 8. Nov. Nach einer New Yorker Meldung gibt die Weiße Haus bekannt, daß der Präsident erwägt, dem Kongress in der nächsten Session vorzuschlagen, eine 10-Prozentige Rückzahlung der im vorigen Jahre bezahlten Einkommen- und Körperschaftsteuern vorzunehmen. Ein Gesetz soll so beschaffen werden, daß die im Dezember fällige Steuerquote dem entsprechend gekürzt werden kann. — Diese Mitteilung hat in der ganzen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt, weil man aus dem Hause erkennt, daß Coolidge sich nicht durch den Rückgang als geldgierig betrachte, sondern bereit sei, den Kongress für seine Kandidatur im Jahre 1928 fortzusetzen.

Eine programmatische Erklärung des Oberpräsidenten von Oberschlesien.

Oppeln, 8. Nov. Oberpräsident Dr. Proke und Herr Gahrn hatten für den 6. November nachmittags zu einem Empfang eingeladen, an dem u. a. teilnahmen der Präsident der Oberschlesischen Provinzialverwaltung, der Präsident des Provinzialparlamentes, führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, Vertreter der polnischen Minderheiten in Deutsch-Oberschlesien und der Presse. Im Laufe des Abends gab der Oberpräsident eine Erklärung ab, in der er heißt: „Schlesien und Oberschlesien und die Wiederherstellung von Deutsch-Oberschlesien haben die Aufgabe, sich vorwärts zu bewegen und die Einheit der polnischen Minderheiten und der polnischen Bevölkerung zu fördern. Die in ihm vorliegende der polnischen Minderheiten Bestrebungen unterstützen und ihre und Aufrechterhalten in Oberschlesien setzen voraus, jeder Achtung vor den Rechten des anderen hat, auch wenn andere Stimmungen sind. Sollten etwa in Einzelfragen entgegenstehende Meinungen auftreten, so werden Reichs- und Provinzialregierung streng durchzugehen und nicht scheuen, daß der innere Frieden zwischen Deutschen und Polen nicht gefährdet wird. Das gilt insbesondere für die Schulwesen, das im Mittelpunkt dieser Fragen steht. Die polnischen Minderheitenwünsche in Deutsch-Oberschlesien sind als öffentliche Schwestern der gleichen Prinzipien der Regierung, wie die öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtsprozedur. In der freien Entwicklung des polnischen Volkstums gebenden Reichs- und Provinzialregierung unerschütterlich und loyal festzuhalten. In der Befolgung dieser Politik wissen sie sich eins mit dem deutschen und gut gesonnenen Teil der Bevölkerung zum Wohle unseres Landes, für dessen friedliche Entwicklung wir alle arbeiten.“ Die programmatische Erklärung des Oberpräsidenten wurde allseits mit großem Beifall aufgenommen.

Bezirks-Arbeitsamt Neuenbürg.
Wir suchen eine tüchtige Stenotypistin zum Eintritt für 1. Dezember sowie eine jüngere Hilfsarbeiterin.

Schwarzwald-Führer
von Julius Weis empfiehlt
E. Mehlhede Buchhandlung

Sixtenfeld.
Konkurs-Verkauf.
Das Café Geiger kommt mit Einrichtung am Mittwoch den 17. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathaus hier zum zweiten und letzten Mal zum Verkauf.
Konkursverwalter: Bezirksnotar Doppelt.

Schönbürg.
Am Mittwoch den 10. November 1926, vormittags 11 Uhr, kommt im Wege der Zwangsversteigerung eine **Hobelmaschine und ein Elektromotor** zur Versteigerung. Zusammenkunft beim alten Rathaus. Dähle, Gerichtsvolkshelfer.

Calmbach.
Saal zur „Krone“.
Mittwoch den 10. Nov. 2 Gastvorstellungen der berühmten **Liliputaner** Abends 8 Uhr. „Wenn zwei sich lieben“ Lustspiel mit Gesang in 3 Akten. Nachmittags 5 Uhr Schiller-Vorstellung „Der kleine Prinz“ Märchen mit Gesang in 4 Aufzügen.

Kontor-Lehrmädchen
zur gründlichen Ausbildung gesucht. — Selbstständig arbeiten. Offerten mit Schulzeugnis unter G. B. 12 an die „Engländer“ W. Schäferstr. 11.

Alleinmädchen
welches möglichst selbstständig kochen kann, für Haushalt in Küche für anfangs 2 Jahre gesucht. Angebote mit Schulzeugnis u. Lohnansprüchen an Apotheker Klappert, Gerhard-Droggen.

Winter-Mäntel
mit und ohne Pelzbesatz

Velour-Mäntel	In haltbaren Qualitäten	22.—	25.—	29.50	Velour de laine Mäntel	mit Pelzbesatz	25.—	32.—	48.—
Ottoman-Mäntel	In prima Qualitäten	40.—	58.—	75.—	Sealplüsch-Mäntel	In nur guten Qualitäten	78.—	95.—	115.—
Wollkleider	In modernsten Formen	11.—	19.—	25.—	Tanz-Kleider	In guter Seide	14.50	18.—	25.—

Kinder-Mäntel in grösster Auswahl von 6⁵⁰ an

Krüger & Wolff
Pforzheim Schlossberg 7 Pforzheim

Soeben erschien:
Stagerral-Jahrbuch
(Stagerral-Kalender) **1927**
Herausgegeben von Kommandant a. E. Eschenburg.
Mit farbigen Umschlag, mehreren Bildtafeln und reichhaltigen Illustrationen.

Das Stagerral-Jahrbuch enthält die besten Gedichte der Welt, die von jedem unserer Leser unbedingt gelesen werden müssen. Es enthält die besten Gedichte der Welt, die von jedem unserer Leser unbedingt gelesen werden müssen. Es enthält die besten Gedichte der Welt, die von jedem unserer Leser unbedingt gelesen werden müssen.

Preis RM 1.50.

Zu haben in allen Buchhandlungen und in unserer Geschäftsstelle.
Verlag „Der Engländer“.